

Update für Demokratie

Das ist unsere Demokratie!

Ein Projekt der
Heinrich-Böll-Stiftung

Demokratie ist ein Garant für Freiheit und Gleichheit – deshalb müssen Parteien und Parlamente für eine breite Bevölkerung attraktiver werden

• VON RALF FÜCKS

Mit der Demokratie verhielt es sich bis vor kurzem wie mit mancher in die Jahre gekommenen Ehe: Despektakulär, ein bisschen langweilig, aber solide. Diese Zeiten sind vorbei. Eine aggressive Stimmung gegen »die da oben« macht sich breit. In Europa sind rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch. Die weltoffene, liberale Demokratie gerät unter Druck. Wir sind aufgerufen, die Grundlagen unserer freiheitlichen Verfassung gegen ihre Verächter zu verteidigen. Das gelingt aber nicht nur durch gut gemeinte Aufrufe und Appelle. Wir müssen genauer hinsehen, was schief gelaufen ist und wo die Demokratie besser werden kann. Selbstbehauptung braucht auch Selbstvergewisserung.

Für die Heinrich-Böll-Stiftung und ihre Landesstiftungen stehen drei Fragen im Vordergrund: Wie können wir Bürgerinnen und Bürger stärker in politische Entscheidungen einbeziehen? Wie kann es den Parteien gelingen, neues Vertrauen zu gewinnen? Und wie können wir gewährleisten, dass sich alle gesellschaftlichen Schichten in der repräsentativen Demokratie wiederfinden?

Erneuerung von Parteien und Parlamenten

In den letzten Jahren haben sich zahlreiche Bundesländer und Kommunen auf den Weg gemacht, neue Formen der Bürgerbeteiligung zu erproben. Dabei geht es nicht um ein Abwälzen der politischen Verantwortung von Parlamenten auf Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger. Formen direkter Demokratie sind keine Alternative, sondern eine Ergänzung parlamentarischer Politik. Jetzt gilt es weitere Schritte in Richtung einer demokratischen Beteiligungskultur zu gehen.



Foto: Reichstagskuppel, Foto: Manolo Gómez, CC BY 2.0, <https://www.flickr.com/photos/verborrea/8264594641/>

Es gibt in Deutschland eine unselige Tradition der Parteienverachtung, der wir keinen Raum geben dürfen. Das ist auch eine Aufforderung an die Parteien, wieder attraktiver zu werden. Sie müssen wieder stärker zu Orten politischer Debatte werden, um die Willensbildung der Gesellschaft zu bündeln und ihr eine Richtung zu geben. Sie sollten sich für neue gesellschaftliche Fragen und Initiativen öffnen. Und sie müssen sich der Diskussion stellen, ob sie sich stärker zurücknehmen müssen, wenn es um die Arbeit öffentlicher Institutionen und die Besetzung öffentlicher Ämter geht.

Auch die Parlamente können einiges tun, um an Ausstrahlung und Autorität zu gewinnen. Sie müssen wieder zum Zentrum der öffentlichen Debatte werden. In den Volksvertretungen sollte sich die Vielfalt der Meinungen spiegeln. Das ist der Sinn der repräsentativen Demokratie. Es ist ungut, wenn sich wachsende Teile der Bevölkerung nicht mehr repräsentiert fühlen. Kontroverse Debatten sind besser als Ausgrenzung.

Mehr Verantwortung für die gemeinsame Europapolitik

Die Demokratie ist das Gehäuse der Freiheit. Sie zu verteidigen, heißt die Liberalität unserer Gesellschaft zu verteidigen. Die offene Gesellschaft bietet Raum für eine Vielzahl von Überzeugungen und Lebensformen. Sie fordert gleiche Rechte und Chancen für alle, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer Religion und ihrem sozialen Status. Erst in dieser Vielfalt kommt Demokratie zum Tragen. Der Ruf nach ethnischer und kultureller Homogenität ist eine Kampfansage an diese vielfältige Demokratie. Gleichzeitig müssen wir aber auch aufzeigen, wie das Bedürfnis nach

Sicherheit und Zugehörigkeit in einer Zeit rapider Veränderungen aufgefangen werden kann.

Demokratie braucht eine Wiederbelebung des öffentlichen Raums, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihren unterschiedlichen Auffassungen begegnen können. Das soziale Auseinanderfallen unserer Städte untergräbt die republikanische Öffentlichkeit. Gleiches gilt für das Auseinanderfallen des Internets in »digitale Echoräume«, in denen man sich nur noch mit Gleichgesinnten in der eigenen Meinung bestärkt. Deshalb ist jede Investition in öffentliche Räume und Infrastrukturen auch eine Investition in unsere Demokratie.

Nicht zuletzt müssen wir einen neuen Anlauf zur Stärkung der europäischen Demokratie nehmen. Zentrale Herausforderungen wie die Regulierung der Finanzmärkte oder die Flüchtlingsfrage lassen sich nur noch gemeinsam lösen. Wir müssen nach neuen Wegen suchen, demokratische Willensbildung auf europäischer und nationaler Ebene zu verzahnen. Eine lebendige demokratische Praxis in den europäischen Mitgliedsstaaten bleibt die Grundlage für das Gelingen der europäischen Demokratie. Gleichzeitig müssen nationale Parteien, Parlamente und Regierungen mehr Verantwortung für die gemeinsame europäische Politik übernehmen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung bietet im Oktober fünf »Demokratie-Dialoge« in Stuttgart, Köln, Dresden, Potsdam und Hamburg an, in denen die hier aufgeworfenen Fragen diskutiert werden. Die folgenden Beiträge sind eine Einladung zum Mitdenken über die Zukunft unserer Demokratie.

RALF FÜCKS ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Liebe Leserinnen und Leser,

unter dem Titel »Gut vertreten? Update für Demokratie!« organisiert die Bundesstiftung der Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit allen Landesstiftungen seit drei Jahren Analysen, Handlungsvorschläge und Debatten zur Zukunft unserer Demokratie. Die Schwerpunkte bilden dabei die Verzahnung von repräsentativen Institutionen und Bürgerbeteiligung, die Zukunft der Parteiendemokratie sowie die Stärkung demokratischer Teilhabe. Einige dieser Impulse möchten wir Ihnen gerne mit dieser Beilage weitergeben. Mehr dazu finden Sie unter gutvertreten.boell.de. Gleichzeitig sind Sie eingeladen, sich an den »Demokratie-Dialogen« im Oktober zu beteiligen, deren Programme Sie ebenfalls in der Beilage finden. Unser herzlicher Dank gilt allen Autorinnen und Autoren sowie allen Mitwirkenden.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!
Ihre Heinrich-Böll-Stiftung (www.boell.de)

**gutvertreten.
boell.de**

Willkommen in der Einwanderungsgesellschaft

Die neue Migration fordert uns heraus: Gegen den aufkommenden Rassismus hilft vor allem eine starke Zivilgesellschaft

• VON ANETTA KAHANE

Die Flüchtlinge, die in unser Land kommen, sind Teil einer millionenfachen Migration, die durch tiefe globale Krisen ausgelöst wurde. Diese Migration trifft in ungewohntem Maße Europa – und die Menschen, die bislang das Privileg genossen haben, in einer stabilen Demokratie relativ unberührt von den Konflikten der Welt zu leben, spüren, dass man sich vor der Entwicklung nicht mehr abschotten und schützen kann. Das löst Ängste aus. Ängste, die nicht dadurch beseitigt werden, dass man ihnen die Vorteile der Globalisierung gegenüberstellt. Es sind Ängste vor dem Fremden, vor »Überfremdung«, die einen in der Gesellschaft schlummernden Rassismus wachrufen, der schon Teil der bundesdeutschen und vor allem Teil der DDR-Geschichte war, der aber nie wirklich thematisiert wurde.

Die Bundespolitik ist dem bis heute, wenn überhaupt, eher reaktiv als aktiv begegnet. Umso mehr ist eine starke Zivilgesellschaft gefragt. Denn nur dort, wo Menschen Diskriminierung aktiv entgegenzutreten und sich für die Rechte derjenigen einsetzen, die noch nicht gehört werden, kann Integration gelingen. Ohne zivilgesellschaftliches Engagement, ohne den Mut, für die Belange von politisch, kulturell und sozial Benachteiligten einzustehen, kann eine freiheitlich

konzipierte Gesellschaft nicht bestehen. Das gilt erst recht angesichts des derzeit grassierenden Rassismus.

Mitmachen statt wegsehen

Besondere Bedeutung kommt dabei dem Engagement auf kommunaler und regionaler Ebene zu. Mitmachen statt wegsehen, engagieren statt echauffieren – jede und jeder Einzelne kann seinen Beitrag leisten, sei es durch den Besuch einer lokalen Hilfsgruppe, die Geflüchtete unterstützt, das Mitwirken in einem Bündnis für Toleranz oder über die bloße Teilnahme an politischen Diskussionen und Protesten gegen rechte Aufmärsche.

Die Willkommenskultur ist nicht vorbei. Im Gegenteil! Sie rüttelt sich gerade auf ein arbeitsfähiges Maß zurecht. An sehr vielen Orten engagieren sich Leute von Format, die Flüchtlinge unterstützen und ihre Integration begleiten. Ein aufmerksamer Umgang mit den alltäglichen Problemen und Konfrontationen ist dabei der erste von vielen notwendigen Schritten in eine zukunftsfähige Einwanderungsgesellschaft.

ANETTA KAHANE ist Gründerin und Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung.

Die Länder haben es in der Hand

Landespolitik kann das Feld für mehr Teilhabe gestalten – und sollte sich als Demokratielabor begreifen

• VON ROLAND ROTH

Im Unterschied zu 1969, als der Bundeskanzler Willy Brandt seine Regierungserklärung unter das Motto »Mehr Demokratie wagen« stellte, sind es heute vor allem die Bundesländer und ihre Kommunen, die sich auf die Suche nach zeitgemäßen Erweiterungen repräsentativer Verfahren begeben. Sie reagieren darauf, dass deutliche Mehrheiten aktuell mehr politische Mitsprache fordern. Dabei soll auch die gestaltende Kraft der Zivilgesellschaft darüber mitentscheiden, ob es gelingt, die »dunklen« und antidemokratischen Strömungen einzuhegen, die gleichzeitig Oberwasser bekommen haben.

Bundesländer mit grüner Regierungsbeteiligung haben sich auf den Weg in Richtung einer vielfältigen Demokratie gemacht. Programmatisch stehen dafür Baden-Württemberg mit einer »Politik des Gehörtwerdens« und Rheinland-Pfalz mit der Enquete-Kommission »Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie«.

Auch andere Bundesländer sind mit Transparenzgesetzen, verpflichtender Kinder- und Jugendbeteiligung oder Integrations- und Teilhabegesetzen dabei, die repräsentative Demokratie durch Formen der Bürgerbeteiligung zu erweitern. Hinzu kommen die Förderung eines freiwilligen Engagements, das durchaus eigen-

sinnig etwas gestalten kann, und ein politisch produktiver Umgang mit Initiativen der Bürgerschaft.

Die Erwartungen sind hoch

Die Bundesländer verfügen über Handlungsspielräume – trotz föderaler Einbindungen und Restriktionen. Viele Ansätze einer demokratischen Vielfalt stecken noch in den Anfängen, benötigen institutionelle Garantien, Ressourcen und professionelle Unterstützung.

Die Erwartungen an mehr Beteiligung sind hoch: bessere und kostengünstigere Ergebnisse, mehr Transparenz, größere Interessenberücksichtigung, gestärkte Legitimation und gesteigerte Bereitschaft, die Resultate zu akzeptieren.

Es ist nicht zuletzt an der Landespolitik, diese Erwartungen einzulösen, indem sie sich als Demokratielabor begreift. Für die Bündnisgrünen bedeutet dies die Chance, mit dem Leitbild einer vielfältigen Demokratie Akzente zu setzen, die an ihre Beteiligungstradition anknüpfen und eine landespolitische Alternative zum profillosen pragmatischen Verwalten oder zur exekutiven Führerschaft anbieten.

ROLAND ROTH ist Politologe und Autor zahlreicher Studien zum Thema Demokratie.

Unsere Demokratie-Dialoge

Wir diskutieren u. a. über die Baustellen der Demokratie, über Orte und Wege der Einmischung, über demokratische Stadtentwicklung, die Auswirkungen des digitalen Wandels und setzen uns mit dem Rechtspopulismus auseinander:

Köln: 1. Oktober 2016 (Sa)
Stuttgart: 8. Oktober 2016 (Sa)
Hamburg: 8. Oktober 2016 (Sa)
Potsdam: 13. Oktober 2016 (Do)
Dresden: 26. Oktober 2016 (Mi)

Sie sind herzlich eingeladen!



Foto: Stephan Böhl

Unsere Publikation

Für Demokratie – Vom Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung in der Welt

Demokratie ist kein Selbstläufer. Demokratie muss erkämpft, mit Leben erfüllt und erneuert werden.

Mit Beispielen und Essays von Renate Wilke-Launer, Barbara Unmüßig, Oliver Stuenkel und Ralf Fücks, Berlin 2016, 120 Seiten
www.boell.de/publikationen



→ boell.de

Auslaufmodell Partei?

Von wegen! Warum wir Parteien noch immer dringend brauchen – und was wir von ihnen erwarten können

• VON PETER SILLER

Es ist unübersehbar: Die Ressentiments gegen die grundlegenden Institutionen unserer Demokratie wachsen. Zumindest werden sie von einem wachsenden Teil der Bürgerschaft immer unverhohlener vorgetragen. Und das keineswegs nur von sozial Ausgegrenzten, sondern auch von gut situierten Bildungsbürgern mit stattlicher Rente. Unsere vielfältige Medienlandschaft? »Lügenpresse!« Unsere gewählten Parlamente: »Quasselbuden!« Unsere Parteienlandschaft? »Systemparteien!«

Dabei sollten wir nicht vergessen, dass die politischen wie auch intellektuellen Widerstände gegen die – hart erkämpften – Institutionen der repräsentativen Demokratie und ihrer Parteien so alt sind wie diese selbst. Treiber ist der autoritäre Irrtum, dass »das Gemeinwohl!« keine »Parteilichkeit« und keinen demokratischen Streit verträge. Hinzu kommt der Irrtum, dass Politik nicht mehr sei, als ein Kampf zwischen unterschiedlichen Eigeninteressen. Wirkmächtig ist schließlich der antiinstitutionelle Irrtum, laut dem sich eine demokratische Entscheidung als »volonté générale« nur über den unmittelbaren Volksentscheid herstelle.

Was wir brauchen, ist mehr Haltung

Es ist höchste Zeit, Haltung anzunehmen und dem florierenden Ressentiment gegen die demokratischen Institutionen und die Parteiendemokratie entgegen zu treten – anstatt sich verdrückt in die Ecke zu stellen oder sich auf Erklärungsversuche zu beschränken.

Gleichzeitig kann eine Selbstbehauptung der Parteien aber nur gelingen, wenn sie mit Selbstvergewisserung und Selbsterneuerung verbunden wird. Sie ist nur möglich, wenn diese sich ihren Auftrag bewusst machen und an einer Verbesserung ihrer Auftragsbefüllung arbeiten. Gefragt ist kritische Zuwendung statt verdrossenem Rückzug.

Selbstvergewisserung der Parteien muss heißen, deutlich zu machen, warum die besondere Aufgabe der Parteien für die Demokratie so wichtig ist. Parteien bezeichnen nämlich genau die Orte, an denen sich unterschiedliche Vorstellungen vom Allgemeinwohl öffentlich bündeln und streitbar in die Gesetzgebung eingebracht werden. Auch als offene Systeme sind Parteien weder Verbände noch Bewegungen von Partikularinteressen. Sie sind aber auch nicht »der Staat«, der verwaltet und durchsetzt. Parteien sind vielmehr



Foto: Abstimmung mit Nein, Foto: Marcus Sümnick, CC BY-SA 2.0, https://www.flickr.com/photos/arbyter_org/9257960322/

die Zwischenorte, an denen der allgemeinen Entscheidung ein öffentlicher und möglichst repräsentativer Raum unterschiedlicher Orientierungsmöglichkeiten vorangestellt wird.

Aus dieser Selbstvergewisserung muss dann auch die Kraft zu notwendigen Schritten der Selbsterneuerung erwachsen. Die Parteien müssen sich an ihrer repräsentativen Aufgabe der Orientierung, des Diskurses und der Entscheidung messen – und sie müssen sich daran messen lassen.

Zu diesem Erneuerungsprozess der Parteien gehören Antworten auf die Frage, wie sie unter stark

»Vertrauen entsteht, wenn politische Entscheiderinnen und Entscheider nicht wie geölte Maschinen funktionieren«

veränderten Umständen – vom digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit bis zum globalisierungsgetriebenen Verlust nationaler Handlungsmöglichkeiten – ihre Aufgabe wahrnehmen können.

Welche Arbeit liegt also vor der Parteiendemokratie? Um welche Weiterentwicklung geht es? Drei Ansatzpunkte seien genannt:

Erstens: Statt auf nationaler und europäischer Ebene in die direktdemokratische Falle zu laufen, sollten sich die Parteien darauf konzentrieren, wie

eine bessere gesellschaftliche Repräsentation gelingt. Was ist zu tun, um auch die abgehängten sozialen Milieus wieder in die gemeinsame Vertretung politischer Orientierungsangebote einzubeziehen? Die Parteien stehen vor der Aufgabe, sich als allgemein zugänglichen Raum zu gestalten.

Zweitens: Wenn es stimmt, dass wir wichtige demokratische Entscheidungen globalisierungsbedingt nicht mehr in den nationalen Demokratien treffen können, dann ist die Herausbildung wirksamer europäischer Parteien ein entscheidender nächster Schritt. Da Demokratie immer eine gemeinsame Öffentlichkeit voraussetzt, geht es um zweierlei: Um die vielfältige Stärkung europäischer Parteiöffentlichkeiten. Und um eine Stärkung der nationalen Öffentlichkeiten als europäische Teilöffentlichkeiten. In Zukunft kommt es auf die gesellschaftliche und institutionelle Verzahnung dieser beiden europäischen Öffentlichkeitsräume an.

Drittens: Wenn wir nicht vor die antidemokratische »Alternative« der Populisten gestellt werden wollen, dann müssen die Parteien die Alternativen innerhalb des demokratischen Spektrums zur Diskussion und zur Wahl stellen. Die Orientierungsaufgabe der Parteien fängt in ihrem Innenraum an – und muss sich nach außen fortsetzen in ihren gesellschaftlichen Angeboten.

Deshalb brauchen wir dringend eine Revitalisierung unserer Parlamente als die Orte, an denen die grundlegenden Orientierungsfragen lebendig werden müssen, anstatt sie an Judika-

tive oder Exekutive weg zu delegieren. Dies kann nur gelingen, wenn sich politische Orientierung in überzeugendem Personal verkörpert. Gefragt ist politische Führung, die sich nicht auf Politikmoderation zurückzieht. Gefragt ist politische Führung, die unabhängig genug ist, um auch das Risiko der politischen Niederlage zu tragen. Gefragt ist politische Führung, die gerade in diesen unruhigen Zeiten vertrauenswürdig ist. Vertrauen entsteht, wo Orientierung mit Routen

und Etappen verbunden wird, die alle mitgehen können. Vertrauen entsteht, wenn politische Entscheider nicht wie geölte Maschinen funktionieren. Menschen haben Fragen, Menschen hören auch zu. Solchen Vertreterinnen und Vertretern können wir folgen.

PETER SILLER ist Leiter der Abteilung Politische Bildung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung.

Die populistische Versuchung

Die Entwicklung in Europa zeigt: Demokratische Parteien müssen Visionen für alle entwickeln

• VON KLAUS LINSENMEIER

Populisten haben großen Zulauf. Wollen Demokraten Gegenstrategien entwickeln und verhindern, selbst populistischen Versuchungen auf den Leim zu gehen, ist es hilfreich, sich über den Charakter populistischer Politik Gedanken zu machen.

Populismus lebt von der Entfremdung zwischen Teilen der Wählerschaft und den Regierenden. Dabei kommt es nicht darauf an, die Interessen der Gefolgschaft zu artikulieren, vielmehr wird Identitätspolitik betrieben. Aus »Wir sind das Volk« wird schnell »Nur wir sind das Volk«. Dieser exklusive Populismus lehnt Diversität und Pluralismus ab, beides Kerne jedes demokratischen Systems. Damit ist Populismus tendenziell undemokratisch.

Die britische Brexit-Kampagne macht deutlich, dass Populismus nahezu unabhängig von Fakten funktioniert. Mehr noch: Die Widersprüche, in die auch progressive Politik dabei geraten kann, verdeutlicht die TTIP-Kampagne. Diese hat berechtigte Kritik an dem Projekt artikuliert, war aber von Beginn an defensiv ausgerichtet – als Abwehr des neoliberalen Projektes und als Verteidigung des Status quo. Die Vision eines nachhaltigen, fairen Handels ist kaum vermittelt worden. Wie arg Populisten hier im Vorteil sind, zeigt sich in Österreich: FPÖ- und Präsidentschaftskandidat Norbert Hofer hat sich als eigentlicher TTIP-Gegner präsentiert – mit einer vermeintlich einleuchtenden Vision der nationalen Selbstbestimmung.

Unschärfe Konzepte und politische Programme erlauben breite Bündnisse. Die spanische Podemos hat vor der Wahl im Dezember 2015 alles, was links war, eingesammelt, auch die grüne Bewegung Equo. Zu den Wahlen vom Juni 2016 stieß dann noch die postkommunistische Vereinigte Linke dazu. Es scheint jedoch, dass nach dem Brexit-Referendum den Spaniern die programmatische Beliebigkeit dann doch unheimlich war. Das Bündnis erhielt weniger Stimmen als im vergangenen Jahr.

Demokratische Parteien müssen Visionen für alle entwickeln, aber sich und ihre Programme auch auf politische Handlungsfähigkeit prüfen. Andernfalls tappen sie selbst in die populistische Falle und der erst einmal entfesselte Populismus ist schwer wieder einzufangen.

Die Herausforderungen, vor denen die Europäer stehen, sind groß: Verbesserung der wirtschaftlichen Teilhabe, eine ökologische Transformation, soziale Inklusion, ein modernes Migrations- und Asylregime, Investitionen in Bildung, Innovation und Infrastruktur und eine umsichtige Außen- und Sicherheitspolitik. Eine europaweite Debatte sollte die EU wieder politisieren und helfen, über Reformen ihre Legitimation wieder herzustellen. Einfacher ist die Zukunft Europas nicht zu haben.

KLAUS LINSENMEIER leitet das Brüsseler Büro der Heinrich-Böll-Stiftung.

Die Trägheit der Großen Koalition

Warum wir mehr Transparenz und auch mehr Streit im Bundestag brauchen – ein Plädoyer für ein lebendigeres Parlament

• VON BRITTA HASSELMANN

Ein zentraler Ort für eine lebendige und moderne Demokratie ist ein starkes, selbstbewusstes und handlungsfähiges Parlament. Unsere repräsentative Demokratie ist Garant für die Vertretung der Gesamtgesellschaft gegenüber Einzelinteressen. Abgeordnete in den Parlamenten vertreten die Bürgerinnen und Bürger. Sie sind frei gewählt und unabhängig, entscheiden über Gesetze, kontrollieren die Regierung und stellen diese öffentlich zur Rede. Ein lebendiges Parlament braucht den Diskurs, die Auseinandersetzung und das Ringen um die besten Lösungen. Es braucht kluge Ideen und Konzepte, das Aufzeigen von Alternativen und ein Abwägen konkurrierender Ziele. Das kommt in Zeiten der Großen Koalition, der 80 Prozent der Abgeordneten im Bundestag angehören, viel zu kurz. Rede und Gegenrede, verbunden mit lebendigen Debatten, finden viel zu selten statt.

Stattdessen machen sich Trägheit und ein von der Großen Koalition zur Schau gestellter Konsens breit. Auseinandersetzung oder Streit über zentrale Fragen werden viel zu häufig in Koalitionsgipfel ausgelagert, statt dass sie im Parlament diskutiert werden. Für die politische Kultur einer parlamentarischen Demokratie ist

das keine gute Entwicklung. Noch dazu fehlt dem Parlament häufig das nötige Selbstbewusstsein gegenüber der Regierung. So lassen sich in dieser Wahlperiode zahlreiche Beispiele wie etwa das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das Syrienmandat, das Gesetz zur Erbschaftssteuer – alles Entscheidungen mit weitreichenden Folgen – finden, die ohne Not innerhalb weniger Tage durch den Bundestag gehetzt wurden. Die gebotene Sorgfalt bleibt auf der Strecke.

Warum dürfen Abgeordnete nicht die Kanzlerin befragen?

Für interessante öffentliche Debatten ist auch eine Reform der Regierungsbefragung überfällig. Mir ist nicht erklärlich, warum sich das Parlament das jeweilige Thema der Regierungsbefragung durch die Regierung vorschreiben lässt oder warum sich die Kanzlerin zwar regelmäßig Fragen der Bundespressekonferenz stellt, die Parlamentarier der Kanzlerin aber keine Fragen stellen können. Jeder Versuch, dies zu ändern, scheiterte bislang an Union und SPD.

Parlamentarische Arbeit braucht mehr Transparenz. Transparenz ist dabei kein Selbstzweck, sondern sie ist Voraussetzung für das Verstehen und die Nachvollziehbarkeit politischen Handelns.

Sie stärkt das Vertrauen in demokratische Strukturen und beugt Korruption vor.

Union und SPD verhindern ein Lobbyregister

Unsere parlamentarischen Initiativen zur Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen und der Einführung eines Lobbyregisters scheiterten ebenfalls bisher an Union und SPD. Auch der Ruf nach mehr Bürgerbeteiligung und Mitwirkung ist in den vergangenen Jahrzehnten lauter geworden. Hier müssen wir darüber diskutieren, wie mehr Bürgerbeteiligung und Möglichkeiten direktdemokratischer Entscheidungen aussehen können.

Millionen von Menschen mischen mit. Ihr Engagement ist vielfältig und bunt. Ihr Mitwirken, ihre Eigeninitiative und Kreativität sind bedeutend für unsere lebendige Demokratie. Demokratie braucht starke und transparente Parlamente und eine verantwortungsbewusste Zivilgesellschaft. Diese gilt es zu stärken und dafür einzustehen.

BRITTA HASSELMANN ist Parlamentarische Geschäftsführerin sowie kommunalpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion der Grünen.



Foto: Kaija-Julia Fischer

»Die Kultur des menschlichen Umgangs in den Parteien muss sich verbessern«

Drei Fragen an Hanno Burmester

• Was braucht eine zukunftsfähige Partei? Die Lust am andauernden Dialog mit Nicht-Mitgliedern. Die Lust an der Veränderung. Und die Lust am Experiment. Erst wenn Parteien Freude an Vielfalt und Wandel vorleben, werden sie als Treiberinnen gesellschaftlicher Veränderung wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen.

• Was stellt die größten Herausforderungen für Parteien bei ihren Reformvorhaben dar? Zwei Dinge ersticken Veränderung heute. Erstens: die Haltung vieler Parteimitglieder. Gerade die ältere Garde kann oder will sich häufig nicht vorstellen, dass es wirklich anders werden könnte. Das ist dann die berühmte, sich selbst erfüllende Prophezeiung. Wer sagt: »Geht sowieso nicht«, der behält in aller Regel Recht, weil keinerlei Veränderungsenergie aufkommen kann. Zweitens: die Kultur des menschlichen Umgangs in Parteien. Wer auf Neues und Neues mit Misstrauen und Unfreundlichkeit reagiert, bleibt zwangsläufig im Bestehenden stecken.

• Was motiviert Bürgerinnen und Bürger dazu, sich trotzdem in einer Partei zu engagieren?

Die Aussicht darauf, mit dem Engagement etwas zu bewirken. Und zwar nicht irgendwann, sondern so schnell wie möglich. Menschen investieren dann Zeit und Energie, wenn sie damit etwas verändern und den Erfolg ihres Engagements sehen können. Aktive bleiben dabei, wenn sie in Parteien mehr Wichtiges bewirken als beispielsweise in Nichtregierungsorganisationen. Sprich: Parteien müssen sich nach den Wünschen und Gewohnheiten der Engagierten ausrichten, anstatt zu erwarten, dass die Engagierten sich an die muffigen Strukturen und Prozesse der Parteien anpassen.

HANNO BURMESTER ist freier Journalist in Berlin. Er arbeitete an der Studie »Die Partei 2025« der Heinrich-Böll-Stiftung mit, die unter gutvertreten.boell.de zu finden ist.

Demokratie-Dialog Köln
1. Oktober 2016

GUT VERTRETEN? UPDATE FÜR DEMOKRATIE

Und jetzt? Partei ergreifen!

Programmauszug:

WORLDCAFÉ 11 UHR
Sechs parallele Thementische

WORKSHOPS 14 UHR
Drei parallele Workshops
1) Digitale Öffentlichkeit – digitale Sprache?
2) Die Parteien 2025
3) Interventionen gegen den Rechtsruck

PODIUMSGESPRÄCH 15:30 UHR
Partei ergreifen! Aber wie?
mit Dr. Robert Habeck, Dr. Anna-Katharina Meßmer, Prof. Dr. Frank Decker, Mona Neubaur, Julia Schramm u. a.

Anmeldung unter gutvertreten.boell.de

Forum Volkshochschule
Rautenstrauch-Joest-Museum, Köln

Demokratie-Dialog Stuttgart
8. Oktober 2016

Aktualität und Erneuerung

GUT VERTRETEN? UPDATE FÜR DEMOKRATIE

Programmauszug:

PODIUMSGESPRÄCH 11 UHR
Innovation im Süden?
Parteien zwischen staatlicher Verantwortung und Zivilgesellschaft

PARALLELE FOREN 13 UHR
1) **Parteien zwischen Repräsentation und Beteiligung**
2) **Populist*innen in den Parlamenten**
3) **»Partei? Ohne mich!« oder »Partei? Beleben!«**

PODIUMSGESPRÄCH 16 UHR
Ein starkes demokratisches System braucht starke Parteien
mit Winfried Kretschmann, Bettina Gaus, Rebecca Harms, Hanno Burmester, Dr. Jasmin Siri, Margarete Bause u. a.

Anmeldung unter gutvertreten.boell.de

Ein Update der Parteien in Zeiten des Populismus

Literaturhaus, Stuttgart

Mehr Demokratie wagen

Politikerschelte verbreitet sich viral, die parlamentarische Demokratie gerät unter Druck. Es ist dringend geboten, für das angegriffene Modell zu kämpfen – »Business as usual« reicht dabei nicht aus

• VON PATRIZIA NANZ UND CLAUS LEGGEWIE

Das Volk, der »demos«, kann in modernen arbeitsteiligen Gesellschaften und in international verflochtenen Flächenstaaten nicht ständig selbst tätig sein. Es muss vertreten werden; dies ist die ingenöse Antwort der repräsentativen Demokratie. Politische Entscheidungen werden nicht unmittelbar durch das Volk getroffen, sondern durch vom Volk in gleichen, geheimen und fairen Wahlen gewählte Vertreter in Parlamenten. Politik wurde damit zum Beruf, und Parlamentarier handeln zwar als Repräsentanten ihrer Wahlkreise, aber eigenverantwortlich und ihrem Gewissen verpflichtet.

Diese selbstverständliche Praxis in den meisten Demokratien der Welt wird zunehmend in Zweifel gezogen und durch populistische Propaganda diskreditiert, die unterstellt, Berufspolitiker seien inkompetent und handelten nur in ihrem eigenen Interesse, im Extremfall würden sie die Interessen ihres Landes verraten. Das Misstrauen hat sich viral ausgebreitet und nagt als Legitimationszweifel an den Grundfesten der repräsentativen Demokratie. Sicher hat Politikerversagen auf breiter Front diesen Zweifel genährt. Aber die Ablehnung von Parlamenten und Parteien geht über jedes rationale Maß hinaus.

Autoritäre Varianten von Demokratie gedeihen

Weltweit schießen autoritäre, illiberale Varianten der Demokratie ins Kraut, die das Volk als ethnische Herkunftsgemeinschaft ansehen. In ihnen wird die ethnische Gemeinschaft der politisch verfassten Gemeinschaft (dem demos) und dem Rechts- und Verfassungsstaat vorgeschaltet (ethnos vor demos) und eine Überlegenheit der ersten beansprucht. Diese Form der Demokratie setzt auf Volksentscheidungen à la Brexit, die komplexe Probleme auf einfache Ja-Nein-Alternativen redu-



Foto: Fotolia / Rawpixel.com

zieren, Ressentiments freien Lauf lassen und politischen Unternehmern, die solche Stimmungen befeuern, freie Hand geben.

Gegen diese Entwicklungen muss man die repräsentative Demokratie in Schutz nehmen, aber auch weiterentwickeln. Wenn die Entfremdung zwischen breiten Kreisen der Bevölkerung und den politischen Vertretern wächst, kann man nicht einfach Business as usual machen. Man muss »mehr Demokratie wagen«, um aus einer angeblich überalterten Herrschaftsform wieder eine geschätzte Lebensform zu machen. Die Aufgabe

besteht darin, die Verbindung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der repräsentativen Demokratie zu stärken, ohne populistische Kurzschlüsse zuzulassen. Der Auftrag erfordert institutionelle Fantasie und Experimente mit dem reichhaltigen Repertoire demokratischer Teilnahmeverfahren.

Verbessert werden können damit nicht nur die Grundlagen politischer Entscheidungen und ihre Umsetzungschancen. Verbindliche Teilhabe in der Gestaltung von Gesellschaft, Stadtentwicklung und anderen Bereichen fördert auch das demokratische Bewusstsein und belebt das Verständnis

für demokratische Prozesse und die Gesellschaft. Eine beteiligungsorientierte Politik kann an bereits bestehende Möglichkeiten in einem an sich partizipationsfreundlichen Land anknüpfen: Neben Wahlen, Engagement in Räten und Parteien ist es gängige Praxis, Bürgerinitiativen zu gründen, sich an Planverfahren zu beteiligen, Bürgerentscheide zu initiieren, in Planungszellen und Zukunftswerkstätten mitzumachen und viele Möglichkeiten mehr.

Auch schwächere Stimmen müssen zu Wort kommen

Zu wünschen ist, diese Ergänzungen der repräsentativen Demokratie in einer Art »vierten Gewalt«, der Konsultativen – neben Legislative, Exekutive und Judikative – zu verankern, so dass Beteiligung nicht den Konjunktoren des Engagements unterworfen bleibt und zu versickern droht. Institutionen sind dauerhafter als punktuelle Initiativen. Da Beteiligungsverfahren oft von Sonderinteressen und Betroffenen dominiert werden, ist es dabei auch notwendig sicherzustellen, dass auch schwächere Stimmen zu Wort kommen.

In den verschiedenen Beteiligungsverfahren muss daher gewährleistet sein, dass auch solche Stimmen zu Wort kommen, die sonst kaum die Chance dazu haben. Darüber hinaus bedarf es einer geeigneten Moderation des öffentlichen Diskurses und einer breiten Institutionalisierung von Gremien, welche die Zukunft der Gesellschaft konstruktiv gestalten. Hierfür haben wir jüngst das Modell des Zukunftsrats vorgeschlagen.

Prinzipiell muss sicher sein, dass Exekutive und Legislative sich ernsthaft und responsiv mit Vorlagen, die in verschiedenen Beteiligungsverfahren erarbeitet werden, befassen. Und gut durchdachte Konzepte, die Pro und Kontra sorgfältig abgewogen haben, können dann von Fall zu Fall auch in Volksabstimmungen zur Wahl gestellt werden.

PATRIZIA NANZ ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Direktorin am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS) in Potsdam.

CLAUS LEGGEWIE ist Politikwissenschaftler und war Leiter des Kulturwissenschaftlichen Instituts Essen.

Mehr Anerkennung für migrantische Initiativen

In Deutschland gibt es eine Vielfalt von Migranten-Selbstorganisationen und Initiativen von eingewanderten und geflüchteten Menschen. Sie agieren als kulturelle, freizeitleiche und politische Orte, als Dienstleisterinnen und Interessenvertretungen. Deshalb sind sie für die Integrationsarbeit so wichtig.

Initiativen unterstützen Menschen bei Behördengängen, sprachlichen Barrieren, medizinischer und psychologischer Betreuung, Sprachunterricht, Sozialberatung und vielem mehr. Viele Vereine engagieren sich schon seit den 1970er-Jahren, weitere sind mit den Jahren dazugekommen.

In jüngster Zeit wird ihre soziale und kulturelle Brückenfunktion sowie ihre Zuarbeit zu den Regeldiensten auch politisch wahrgenommen. Die Initiativen organisieren sich verstärkt in Netzwerken und Verbänden und fordern ein Umsteuern in der Förderpolitik: Weg von der stets befristeten Projektförderung, die nachhaltiges Arbeiten schwer macht, und hin zu einer Anerkennung der vorhandenen Professionalität.

Foto: Staatsministerium Ba.-Wü.



»Bürgerbeteiligung ist anstrengend und kommt nicht ohne Konflikte aus«

Drei Fragen an Gisela Erler

• In Baden-Württemberg arbeiten Sie an einer Landespolitik, die zu Dialogen und Beteiligung ermuntert. Wie fällt Ihre Zwischenbilanz aus?

Insgesamt positiv. Sicher gibt es am Anfang ab und an einen Gegenreflex: Bürgerbeteiligung? Haben wir noch nie gemacht, brauchen wir nicht. Wenn aber die ersten positiven Erfahrungen gemacht sind, ist häufig die Bereitschaft da, Instrumente der Bürgerbeteiligung anzuwenden – und das obwohl die Beteiligung teils großer Anstrengung bedarf und häufig nicht ohne Konflikte auskommt. Und: Den Menschen muss vermittelt werden, dass es sich dabei nicht um direkte Demokratie handelt. Bei der Beteiligung empfehlen und beraten die Menschen lediglich. Nur bei Abstimmungen entscheiden sie tatsächlich.

• Baden-Württemberg pflegt einen starken Austausch mit der Schweiz. Ist das Land Vorbild?

Insbesondere mit den Grenzkanantonen haben wir regen Kontakt. Wir können durchaus etwas vom Schweizer System lernen. Die Schweizer gehen mit dem Instrument der direkten Demokratie anders um. Die Debatten sind in der Regel sachlicher. Parteien und Parlamente sind dort keinesfalls entmachteter, sondern haben ihre eigene Rolle. Gleichzeitig wird aber auch klar, was aus meiner Sicht bei direkter Demokratie nicht geht: In der Schweiz fehlen ein Bundesverfassungsgericht und eine Normenkontrolle. Hier ist das Land kein Vorbild. Im Einzelfall benachteiligt die direkte Demokratie sogar Minderhei-

ten, etwa beim Minarettverbot. In Deutschland steht das Votum der Bevölkerung nicht über dem Rechtsstaatsprinzip. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

• Kritiker sagen, an Beteiligungsverfahren nehmen nur die teil, die sowieso schon gut vertreten sind. Andere sagen, die populistischen Gefahren würden unterschätzt. Wie sehen Sie das?

Der Demokratie wohnt stets die Gefahr des Populismus inne. Das zeigen die Schweizerische Volkspartei (SVP) und ihre Initiativen, aber auch Trump in den USA, die Freiheitliche Partei (FPÖ) in Österreich oder der Front National in Frankreich. Was parlamentarische Mehrheiten anrichten können, sehen wir in Ungarn und Polen. Weder die repräsentative noch die direkte Demokratie sind immun gegen Populisten. Es kommt auf die Sicherungsmechanismen im System an. Bei der direkten Demokratie sind flankierende Maßnahmen für eine sachliche öffentliche Diskussion unverzichtbar. Zudem brauchen wir eine starke Zivilgesellschaft, die Fehlentwicklungen entgegentritt. Bei Bürgerbeteiligungen ist es nicht gut, wenn sich immer nur die Üblichen beteiligen und bestimmte Milieus gar nicht. Es gibt aber Konzepte, die dem wirkungsvoll begegnen. Die müssen wir verstärkt anwenden.

GISELA ERLER ist Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg.

Beteiligung gewinnt

Für Städte wird der Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern zum Erfolg – wenn Politik und Verwaltung es ernst meinen

• VON CHRISTINE SCHWARZ

Austausch und Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern stehen hoch im Kurs, fast alle Städte und Regionen betreiben heute Kampagnen wie etwa Braunschweig mit dem Projekt »Denk-Deine-Stadt«. Wandelt sich unsere Demokratie nachhaltig? Oder handelt es sich dabei nur um partizipative Posen?

Dialoge zwischen Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit gestalten sich in Kommunen, Ländern und Bund auf vielfältige Art. Mal beugen sie Widerstand vor, wie bei der Heidelberger »Vorhabensliste«. Mal legen sie Protest bei, wie in der Potsdamer »WerkStadt«. Mal lösen sie ihn aus, wie beim Hamburger »Zukunftsplan Altona«. Oft klärt sich erst während der Projekte, wie weit die Kontrollabgabe reicht: Geht es darum, zu informieren, zu konsultieren, zusammenzuarbeiten – oder auch darum, Verantwortung neu aufzuteilen?

Alles nur wegen Stuttgart 21?

Passiert das eigentlich alles jetzt wegen dieser Stadt mit dem Bahnhof? In Stuttgart klagte die Mitte der Gesellschaft 2010 vehement Mitsprache ein – nachdem die Planer deren Impulse jahrelang ignorierten hatten. Politik und Verwaltung können es sich heute nicht mehr leisten, auf absehbaren Ärger zu warten, wenn unterschlagen wird, was im Leben anderer zur Disposition steht. Kommunen sind heute gut beraten, ihre Einwohnerinnen und Einwohner aktiv und dauerhaft einzubeziehen.

Bürgerdialoge höhnen die Glaubwürdigkeit von Politik aber auch aus. Sind sie gönnerhafte Gesten ratlos gewordener Demokratinnen und Demokraten, dann endet sie oft in Pseudobeteiligungen. Wie zudem jene Menschen zu repräsentieren sind, die sich weder per Wahl noch per Stuhlkreis noch per Online-Forum äußern, bleibt eine offene Frage. Dialogangebote finden den meisten Anklang, wenn

mit Mut und Risikobereitschaft konkret angesprochen wird, was es tatsächlich zu entscheiden gibt.

Beteiligen heißt auch Macht abgeben

Gewählte Volksvertreter und Volksvertreterinnen sowie Verwaltungsprofis sind noch viel zu wenig mit außerparlamentarischem Engagement verbunden. Es muss zur Routine werden, zu fragen, wenn anstehende Veränderungen berühren, ob die Betroffenen (in spe) das wissen und wie sie darüber denken. Dabei ist es wichtig, zu beachten, dass es nie nur ein einzelnes Bürgeranliegen gibt, dass die Bedürfnisse und Ideen variieren. Die Unterschiede zwischen den Motiven und Interessen der Beteiligten sind um einiges größer als die zu beplanenden Industriebranchen.

Doch der Ausblick auf die multiplen Anspruchslandschaften unserer Gesellschaft stellt auch eine riesige Chance dar. Allerdings sind von den Entscheidern und Entscheiderinnen jetzt permanent

Begründungen zu liefern, welche Auffassung guten Lebens sie jeweils bevorzugen. Anstrengend wird das für alle. Politik und Verwaltung sind gezwungen, auf Dauer bürgernah zu arbeiten und zum Vermittler zu werden. Beteiligen heißt auch Macht abgeben. Wer das praktiziert, erlebt Überraschungen, kann aber bessere Lösungen schaffen. Wer sich weigert, riskiert nämlich auch, die Kontrolle zu verlieren.

Ob Stadtentwicklung oder Energiewende – ohne Beteiligung geht es nicht mehr, nicht nur weil Bürgerinnen und Bürger sie einfordern, sondern auch weil Planung sie braucht. Dabei ist Beteiligung gleichsam Symptom und Lösungsversuch von Demokratiekrisen. Dieser Formwandel kommunaler Demokratie durch Bürgerbeteiligung kann glücken, wenn Demokratie als gemeinsames Erfolgsprojekt begriffen und praktiziert wird.

CHRISTINE SCHWARZ ist Soziologin an der Leibniz Universität Hannover und moderiert Bürger- und Bürgerinnendialoge.



Foto: urbanista - Büro für partizipative Stadtentwicklung

Demokratie-Dialog Potsdam
13. Oktober 2016

Partizipation

Bedingungen für die Etablierung einer guten Beteiligungskultur

WIS – Wissenschaftsetage
im Bildungsforum, Potsdam

Programmauszug:

VORTRÄGE 9:30 UHR
Drei Vorträge zu Bürger*innenbeteiligung und Beteiligungsverfahren

- PARALLELE WORKSHOPS 13 UHR
- 1) Bürger*innenbeteiligung bei kommunalen Großprojekten
 - 2) Übergeordnetes Planungsrecht bei Großprojekten
 - 3) Direkte Demokratie vor der Zerreißprobe
 - 4) Inklusion durch Beteiligung

PANEL 16:30 UHR
Perspektiven der Beteiligung in der repräsentativen Demokratie
mit Prof. Dr. Angelika Vetter, Jörg Sommer, Prof. Dr. Leo Penta, Dr. Bettina Reimann u. a.
Anmeldung unter gutvertreten.boell.de

GUT VERTRETEN?
UPDATE FÜR DEMOKRATIE

Demokratie-Dialog Dresden
26. Oktober 2016

Gut Beteiligt?

GUT VERTRETEN?
UPDATE FÜR DEMOKRATIE

GebäudeEnsemble
Deutsche Werkstätten
Hellerau, Dresden

Programmauszug:

- FACHGESPRÄCHE 11 UHR
- 1) Vom Masterplan zum Spielplatz
 - 2) Erfolgreich im Rathaus organisieren
 - 3) Im Arbeiten lernen
 - 4) Dialoge auf Augenhöhe

THEMENTISCHE 6 FACHGESPRÄCHE 14 UHR

- 1) Mitten aus der Praxis
- 2) Kollegiale Beratung
- 3) Bürger*innenbeteiligung unter erschwerten Bedingungen

DISKUSSION 16:30 UHR
Was nehme ich mit, was packe ich morgen an

mit Anna-Maria Hogeback, Eva Jöhnigen, Sylvia Haas, Kerstin Arber, Sylke Osterloh, Susanne Walt, Silke Baanisch u. a.

Anmeldung unter gutvertreten.boell.de

Youtuber als Demokratieförderer

Aufsuchen statt Wegsehen: Was passieren muss, um abgehängte Jugendliche mit politischer Bildung zu erreichen

• VON THOMAS KRÜGER

Die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie ist in Deutschland seit Jahrzehnten ungebrochen hoch. Neben dieser positiven Grundeinstellung zeigt sich jedoch eine soziale Differenzierung: Jugendliche aus benachteiligten Milieus beispielsweise artikulieren demnach eine geringere Zufriedenheit und verorten sich im Kontext einer politischen Selbsteinstufung häufiger »rechts«, so die Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2015.

Direkte Demokratie kann Ausgrenzung bedeuten

Jenseits derartiger Selbsteinschätzungen bestätigt auch die Analyse der politischen Teilnahmapraktiken soziale Disparitäten. Folgt man dem Demokratietheoretiker Wolfgang Merkel vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, so »sind demokratische Wahlen die egalitärste Partizipationsform, weil sie die wenigsten individuellen Ressourcen voraussetzen«. Bei einer direktdemokratischen Beteiligung besteht laut Merkel dagegen die Gefahr einer Oligarchisierung privilegierter Gruppen, bei der benachteiligte Gruppen

»Wir brauchen Dialoge auf Augenhöhe und zielgruppen-spezifische Angebote«

noch stärker abgehängt und die Grundfesten der repräsentativen Demokratie geschwächt werden. Eine 2013 von der Bertelsmann Stiftung beauftragte Schätzung zur Wahlbeteiligung der sozialen Milieus fand entsprechend heraus, dass die Wahlbeteiligung gerade in benachteiligten Milieus deutlich unterdurchschnittlich ausfiel. Weder die klassischen Beteiligungsformen noch unkonventionelle Pfade politischer Teilhabe scheinen indes zu verhindern, dass sich soziale Benachteiligung zunehmend in politische Marginalisierung übersetzt. Geringes soziales und kulturelles Kapital gehen offensichtlich einher mit wachsender Distanz zu Politik sowie ausbleibender politischer Teilhabe und ausbleibendem politischen Interesse.

Nun stellt sich die Frage, wie dennoch Wege in eine inklusive und integrative Demokratie gelingen können. Der politischen Bildung kommt hier eine besondere Rolle zu. Unsere Aufgabe ist es, möglichst allen die Chance zu eröffnen, ihre demokratischen Rechte effektiv wahrzunehmen. Dies bedeutet, dass wir solchen Tendenzen einer

Elitenbildung und des Abhängens benachteiligter Milieus entgegenwirken und ihnen aktiv begegnen müssen. Denn wenn deutlich wird, dass bestimmte soziale Gruppen objektiv schlechtere Zugangsbedingungen haben, dann muss es Aufgabe der politischen Bildung sein, sich besonders diesen Gruppen zuzuwenden und passende Beteiligungs-

formen für benachteiligte Gruppen zu entwickeln – im Sinne einer »aufsuchenden politischen Bildungsarbeit«.

Einer unserer Ansätze ist es, die Distanz zwischen Experten und Laien aufzuheben, indem wir wechselseitige Bildungsprozesse initiieren – und somit die Adressaten der politischen Bildung als Koproduzenten ihrer eigenen Bildungsprozesse verstehen. Wenn wir es schaffen, sie in die Lage zu versetzen, an der Gestaltung unserer Zivilgesellschaft mitzuwirken, so gelingt uns gleichzeitig ein größeres Maß an Repräsentanz. Dies heißt auch, den Dialog auf Augenhöhe einzugehen und zielgruppenspezifische Angebote zu konzipieren. Diese »andere politische Bildung« muss erfahrungsbasiert, kulturell achtsam und aktivierend ausgerichtet sein.

Eine gemeinsame Sprache finden

Außerdem wollen wir kommunikative Räume erschließen und weiter öffnen, die in der politischen Bildung bisher vernachlässigt wurden. Relevant ist es dabei, eine gemeinsame Sprache zu finden und in den Zielgruppen glaubwürdige Protagonisten als Partner zu finden. Die Bundeszentrale für politische Bildung hat dazu gleich mehrere Ansätze erprobt: So gibt es Kooperationen mit Fernsehproduzenten oder Youtubern zu Fernseh- und Webvideoformaten, die den Bogen zwischen Unterhaltung und politischer Wissensvermittlung schlagen. Gleichzeitig stellen wir im Sinne der Inklusion Inhalte in leichter und einfacher Sprache zur Verfügung, die verständlich wichtige politische Zusammenhänge erklären.

Aufsuchende politische Bildung, die den Weg zu einer inklusiveren und integrativeren Demokratie ebnet, bedeutet in diesem Sinne, andere Lernorte zu suchen, neue Zugangswege und plurale Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen und dabei auch Risiken einzugehen. Eine sich demokratisch legitimierende und demokratiefördernde politische Bildung erfordert eben immer wieder, zu überprüfen, ob Schwellen abgebaut sind und allen Menschen der Zugang zu ihr offen steht. Gleichzeitig müssen wir uns der Rolle bewusst sein, als Agent politischer Sozialisation neben anderen zu stehen.

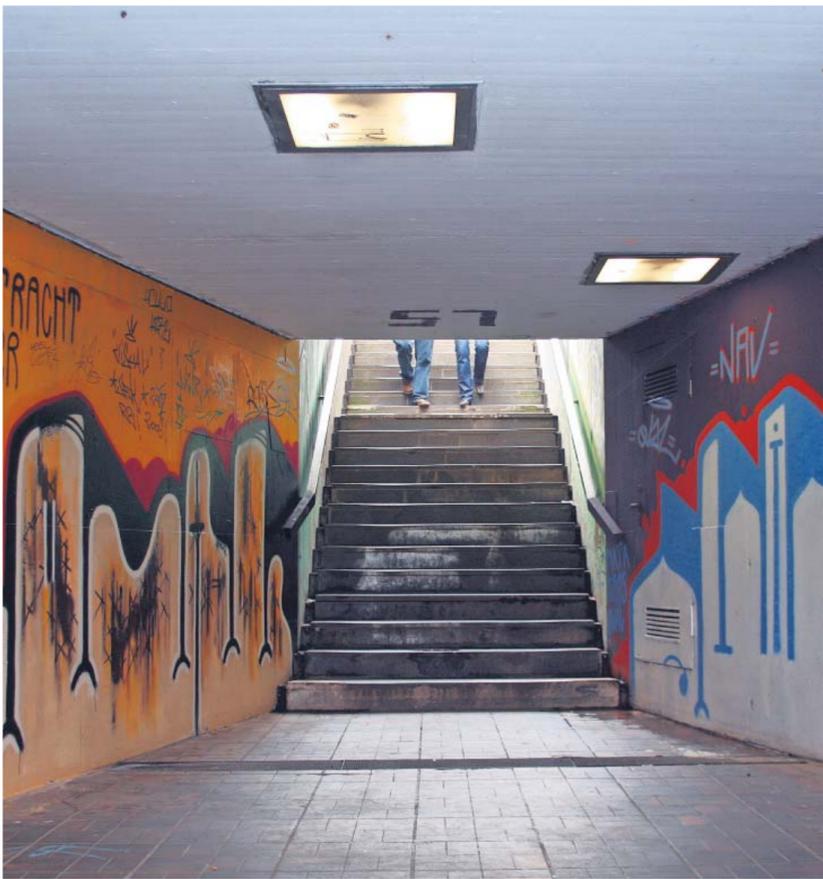


Foto: Fotolia / Christian Jung

Die unmittelbare Wirkung unserer Arbeit mag manchmal schwer messbar sein. Aber politische Bildung ist in jedem Fall elementarer Katalysator einer pluralen demokratischen Zivilgesellschaft, an deren gemeinsamer Gestaltung alle Bürgerinnen und Bürger mitwirken können sollten.

THOMAS KRÜGER ist Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Jede Stimme zählt

In 15 der 28 EU-Mitgliedsstaaten dürfen auch sogenannte Drittstaatsangehörige kommunal wählen. Die Bundesrepublik gehört nicht dazu: Hierzulande werden Zuwanderer eingeladen, sich einbürgern zu lassen. Schätzungsweise rund 4,5 Millionen Menschen aber, die in Deutschland leben und arbeiten, dürfen hier nicht wählen, weil sie keinen EU-Pass besitzen.

Dafür, dass sich das ändert, wirbt die Kampagne »Demokratie braucht jede Stimme – Kommunales Wahlrecht für alle«. Initiiert von den Migrations- und Integrationsbeiräten Bayerns und unterstützt vom Paritätischen Wohlfahrtsverband hat die Initiative mittlerweile in vielen Bundesländern und Kommunen viel Zuspruch gefunden.

Die Initiatoren der Kampagne argumentieren: Wer Steuern zahlt, sollte auch mitbestimmen dürfen, wofür diese ausgegeben werden. Es gehöre zur Integration, an Entscheidungen mitwirken zu können, die direkte Auswirkungen auf das Lebensumfeld aller Einwohner und Einwohnerinnen haben. Zugehörigkeit wird dort gefördert, wo es möglich ist, an der politischen Willensbildung durch kommunale Wahlen teilzunehmen.

Mehr Informationen unter demokratie.agaby.de

Genossenschaften im Aufwind

Viele Menschen wollen selbst bestimmen, was sie essen und wie ihr Strom erzeugt wird. Kleine gemeinschaftliche Wirtschaftsverbände erfüllen diesen Wunsch

• VON ANNETTE JENSEN

An jedem letzten Sonntag im Juni herrscht Hochbetrieb auf dem Buschberghof östlich von Hamburg. Das Hoffest ist von großer Bedeutung, denn auf ihm kursieren mit Ähren dekorierte Zettel, die abends möglichst mit Unterschriften zurückkommen sollen: Zahlungsverpflichtungen über knapp 400.000 Euro sind gefragt, so viel, wie die sechs Bauern der Hofgemeinschaft im folgenden Jahr zum Leben und Arbeiten brauchen. Denn der Buschberghof ist mehr als ein Demeter-Bio-Hof. Er ist eine Wirtschaftsgemeinschaft von rund 95 Haushalten, die die Kosten des Betriebs über einen Jahresbeitrag aufbringen und im Gegenzug eine vollständige Grundversorgung aus Obst, Gemüse, Brot, Fleisch und Milchprodukten erhalten. »Manchmal kommt die nötige Summe nicht zusammen und wir fordern die Leute auf, noch mal in sich zu gehen«, berichtet Schatzmeister Wolfgang Stränz. Seit 28 Jahren hat es am Ende jedes Mal doch geklappt.

Auf den Feldern des Buschberghofs wachsen 70 Gemüse- und mehrere Getreidesorten, es gibt Schweine, Hühner und eine Herde Ostanger Rotvieh. Dienstags holen die Mitglieder, darunter auch Lebensmittelgeschäfte, die Waren ab. »Wir übernehmen die Landwirtschaft und sie die Verteilung«, sagt Bauer Karsten Hildebrandt. Er ist froh, sich nicht wie früher um Marktstand und Hofladen kümmern zu müssen. Auch das Risiko einer verhagelten Ernte trägt die Gemeinschaft. Dafür bestimmen die

Mitglieder, was angebaut wird. Viele Jahre lang war der Kattendorfer Hof nördlich der Hansestadt dazu. Inzwischen existieren über 100 solidarische Landwirtschaftsbetriebe in Deutschland.

Auch in anderen Wirtschaftsbereichen etablieren sich gemeinschaftliche Modelle. Beispielsweise sind im Energiebereich in den vergangenen Jahren 900 Genossenschaften entstanden. Deren über 100.000 Mitglieder legen Geld zusammen, um Solaranlagen auf Schuldächern zu installieren oder gemeinsam Windräder zu betreiben. Ohne solche Kleininvestoren wäre die Energiewende in Deutschland nie möglich geworden: Noch 1993 hatten die großen Elektrizitätskonzerne behauptet, langfristig könnten regenerative Energien höchstens vier Prozent des Strombedarfs decken. Tatsächlich wurde im vergangenen Jahr die 30-Prozent-Marke überschritten. Doch auch mehr Demokratie bringen die Stromgenossenschaften. Nachdem in Hamburg 2013 ein Volksentscheid dafür sorgte, dass die Stadt die Verteilnetze zurückkaufen muss, bündelt nun die Genossenschaft EnergieNetz Hamburg die Kräfte für eine möglichst regionale, demokratische und regenerative Versorgung. Die Unternehmensform ist bewusst gewählt – egal wie hoch oder niedrig der finanzielle Beitrag, jedes Mitglied hat eine Stimme.

Weitere Lebensbereiche folgen. Eine wachsende Zahl von Bürgern will heute wissen, wo und wie die Dinge ihres Alltags hergestellt werden – und möchte nicht länger das Gefühl

haben, auf Kosten anderer Menschen und der Umwelt zu leben. Mit Verzicht hat das nichts zu tun, sondern mit der Sehnsucht nach einem guten, selbstbestimmten Leben.

ANNETTE JENSEN ist freie Journalistin und Publizistin in Berlin.

Impressum

Herausgeberin:
Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Stiftungsverbund
Schumannstr. 8, 10117 Berlin
www.boell.de / info@boell.de
gutvertreten.boell.de
V.i.S.d.P. Annette Maennel

Redaktion:
Anne Ulrich, Benjamin Pfeifer, Iris Witt

Bestellung:
bei der oben genannten Adresse

Die Heinrich-Böll-Stiftung und ihre Landesstiftungen stehen der Partei Bündnis 90/ Die Grünen nahe und fördern die Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft im In- und Ausland.



Foto: privat

»Demokratische Inklusion muss gestärkt werden«

Drei Fragen an Oskar Niedermayer

• Was ist demokratische Inklusion? Und vor allem: Wie fördern wir sie?

Demokratische Inklusion bedeutet zuerst einmal, dass man allen Bürgerinnen und Bürgern formal die gleichen Rechte und politischen Beteiligungsmöglichkeiten verschafft. Hier könnte man zum Beispiel über eine Herabsetzung des Wahlalters diskutieren. Demokratische Inklusion bedeutet aber auch, dass man die Hindernisse beseitigt, die einer gleichen Wahrnehmung dieser Partizipationsmöglichkeiten faktisch entgegenstehen. Hier gibt es keine einfachen Lösungen, weil es mehrere Faktoren gibt, die politische Partizipation beeinflussen. So beteiligen sich Personen mit geringerem sozioökonomischem Status politisch weniger. Deshalb dienen alle Maßnahmen, die soziale Ungleichheit verringern, auch der demokratischen Inklusion.

• Es geht also um mehr Bildungs- und Einkommensgerechtigkeit?

Ja, aber selbst bei gleicher Bildung und gleichem Einkommen bleiben weitere relevante Ressourcen ungleich verteilt – nämlich kognitive Fähigkeiten, politisches Talent und vor allem die verfügbare Zeit. Informierte Wahlteilnahme ist zeitaufwändig, noch zeitaufwändiger sind über Wahlen hinausgehende Beteiligungsformen. Zudem wird

Partizipation auch von bestimmten Einstellungen geprägt, die nicht nur von der Ressourcenausstattung abhängen. Zentral ist das politische Interesse. Deshalb genügt es etwa nicht, das Bildungsniveau anzuheben, auch die Bildungsinhalte müssen verändert werden. Wir brauchen mehr Angebote zur politischen Erwachsenenbildung. Und es müssen Konzepte erarbeitet werden, die an der Lebenssituation vor allem sozial benachteiligter Personen anknüpfen.

• Erreicht man damit auch die sogenannten Wutbürger?

Ein wesentlicher Faktor für deren Politikferne ist ihre Unzufriedenheit mit der Politik, die sich vor allem in der Ansicht äußert, die Politik kümmere sich nicht mehr um ihre Sorgen, Probleme und Interessen. Sich um diese Menschen zu kümmern, würde dem entgegenwirken. Parteien sollten verstärkt in den unmittelbaren Lebenszusammenhängen dieser Menschen aktiv werden, sich mit deren Interessen auseinandersetzen. Das heißt aber nicht, dass man diese Standpunkte immer gut finden muss.

OSKAR NIEDERMAYER ist Politikwissenschaftler und leitet das Otto-Stammer-Zentrum an der Freien Universität Berlin.

Demokratie-Dialog Hamburg
8. Oktober 2016

Baustelle
Demokratie

Wie stärken wir Teilhabe
und Gerechtigkeit?

dock europe
Hamburg-Altona

Programmauszug:

KEYNOTE 11 UHR
Kaputtalismus
Wie der heutige Kapitalismus die Demokratie bedroht

FOREN 13 UHR
1) Demokratisierung des Ökonomischen – wie gelingt das?
2) Zukunftstaugliche Parteien – Was tun?
3) Starke Kommunen für demokratische Inklusion

PODIUMSGESPRÄCH 16 UHR
Den Wandel gestalten
Was hält unsere Gesellschaft zusammen?

mit Ulrike Herrmann, Karl-Martin Hentschel, Karoline Linnert, Robert Misik u. a.

Anmeldung unter gutvertreten.boell.de

Unser Web-Dossier

gutvertreten.boell.de



In der Mediathek des Dossiers finden Sie alle Beiträge aus den Themengebieten Beteiligung, Parteien und Inklusion zum Lesen, Ansehen und Nachhören. Alle Publikationen stehen als PDF und ePub zur Verfügung. U. a. von Nancy Fraser, Markus Linden, Gisela Erler, Frank Nullmeier und Peter Siller.

